



Kleine Anfrage

der Abgeordneten Anne Lütkes (Bündnis 90/Die Grünen)

und

Antwort

der Landesregierung - Innenminister

Zwangsprostitution im Zusammenhang mit der Fußball-Weltmeisterschaft

Im Umfeld von Großveranstaltungen gerade mit einem hohen Anteil männlicher Besucher steigt erfahrungsgemäß die Nachfrage nach sexuellen Dienstleistungen in den Austragungsorten und den Besucherquartieren stark an. Es ist daher im Zusammenhang mit der WM 2006 auch eine Zunahme des Menschenhandels und der Zwangsprostitution zu befürchten. Schleswig-Holstein ist aufgrund der Verkehrsverbindungen an den Ostseeraum häufig Transitland für Frauenhandel und somit auch ohne hiesige WM-Spiele betroffen.

Ich frage die Landesregierung:

1. Teilt die Landesregierung die Befürchtung, dass es im Zusammenhang mit der Fußball-WM in Schleswig-Holstein vermehrt zu Straftaten im Zusammenhang mit Menschenhandel und Zwangsprostitution kommen wird?

Antwort:

Die Gefahr der Zunahme einschlägiger Straftaten in Schleswig-Holstein im Zusammenhang mit der Fußball-WM kann nicht ausgeschlossen werden. Wenngleich in Schleswig-Holstein keine Spiele ausgetragen werden, ist dennoch ein Anstieg der Beherbergungszahlen insbesondere durch Gäste aus Skandinavien anzunehmen. Die Zahl der Prostituierten könnte sich für die Dauer der Weltmeisterschaft daher auch in Schleswig-Holsteins Bordellbetrieben und Model-Wohnungen erhöhen, um mit einer gesteigerten Nachfrage nach sexuellen Dienstleistungen Profite machen zu können. Wieweit sich hierbei die Anzahl von Straftaten im Zusammenhang mit Menschenhandel und Zwangsprostitution erhöhen wird, kann nicht sicher prognos-

tiziert werden. Das durchschnittliche jährliche Aufkommen entsprechender Delikte beläuft sich auf rund 10 Fälle in Schleswig-Holstein.

2. Welche Lageerkenntnisse hat die Landesregierung bezüglich dieser Problematik?

Antwort:

In Schleswig-Holstein gibt es derzeit rund 100 Bordellbetriebe und ca. 300 Model-Wohnungen. Bislang liegen für Schleswig-Holstein keine konkreten Informationen vor, die für den Zeitraum der Fußballweltmeisterschaft auf eine Expansion des Prostitutionsgewerbes hinweisen.

Bisher durchgeführte Kontrollen und Razzien führten zu der Erkenntnis, dass in der überwiegenden Anzahl der Fälle keine Anhaltspunkte für Zwangsprostitution und Ausbeutung festzustellen waren.

3. Welche Maßnahmen hat die Landesregierung ergriffen, um dieser Art von Verbrechen vorzubeugen und einen erhöhten Ermittlungsdruck auf die Täter auszuüben?

Antwort:

Im Landeskriminalamt ist für die Bereiche Rotlichtmilieu, Schleusungskriminalität, Menschenhandel und illegale Beschäftigung eine zentrale Ansprech- und Auswertestelle unter Beteiligung der Bundespolizei und des Zolls eingerichtet worden. Dort laufen alle relevanten Informationen zu den betreffenden Deliktsfeldern zusammen. Soweit erforderlich werden auch Ordnungs-, Ausländer- und Standesämter in den Informationsfluss eingebunden. Kontakt wird auch zu Nichtregierungsorganisationen wie der Fachberatungsstelle „Contra“ gehalten.

Über die offensive Informationsgewinnung werden in Zusammenarbeit des Landeskriminalamtes mit den örtlichen Polizeidienststellen Kontrollmaßnahmen initiiert. Sofern sich dabei Verdachtsmomente für Zwangsprostitution oder Ausbeutung ergeben, folgen Anlass bezogene qualifizierte Ermittlungsmaßnahmen gegen die Tatverdächtigen.